

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 60460 (Internationale Verlagsanstalt G m. b. H.).

NUMMER 172 B

BERLIN • Sonntag, den 24. Juli 1932

. 1. JAHRGANG

Nieder mit dem Faschismus!

SA mordet weiter —

diesmal unter Bevorzugung des „Reichsbanners“.

W—er. Der Reichskommissar Bracht hat am Freitag im Rundfunk eine Rede gehalten, die wir nicht abdruckend brauchen, weil sie nur eins der vielen Zeugnisse des faschistischen Vormarsches ist. Wichtig ist bei seiner Rede vor allem, daß auch er zur „Begründung“ der Verjagung der Preußen-Regierung nichts weiter anzuführen wußte, als daß aus Gründen der Staatsautorität „Persönlichkeiten, die sich objektiver Entschlüsse nicht immer fähig gezeigt haben“, hätten entfernt werden müssen. Solange weder Herr von Papen noch Herr Bracht diese Behauptungen begründen, müssen wir sie als bloße Beschimpfungen betrachten. Beschimpfungen aber müssen als ein Abweichen von der Objektivität betrachtet werden.

Wem zuliebe hat Herr Bracht sich bemüht? „In den Teilen des Landes, in denen das Gefühl, gerecht regiert zu werden, bei überwiegenden Teilen des Volkes nicht mehr bestand...“, mußte schleunigst durchgegriffen werden. Herr Bracht überschlägt sich hier geradezu in staatspolitischen Purzelbäumen. Gegenüber seiner Person und vor allem gegenüber der seines Chefs besteht bei wirklich überwiegenden Teilen des Volkes, nämlich mindestens bei den in die Millionen gehenden Massen der sozialdemokratischen und kommunistischen Wähler, das Gefühl, nicht gerecht regiert zu werden. Das Vorhandensein dieses Gefühls ist unbestreitbar, und Herr Bracht mußte also „energisch durchgreifen“ — und sich selber und die anderen Gegenstände der Abneigung aus dem staatlichen Führerstab zurückziehen.

„Wahrscheinlich kann selbstverständlich nicht bloß darauf gesehen werden, ob ein Teil des Volkes sich ungerecht behandelt „fühlt“. Jeder soll natürlich die Möglichkeit haben, seine Wünsche vorzubringen, aber nach allen vorgebrachten Wünschen sich richten kann, wahrscheinlich eine Regierung niemals. Dazu sind die Wünsche zu verschiedenartig. Trotzdem aber soll die Regierung sich gerecht entscheiden. Die Frage, was gerecht ist, ist eine Frage, die kein unlösbares Problem darstellt. Die Gerechtigkeit verlangt, darüber sind sich aufrichte Menschen einig, daß in der Berücksichtigung der vorhandenen Interessen und Wünsche niemand einem anderen gegenüber ein Vorrecht genießt, daß also unter gleichen Umständen die gleichen Ansprüche auch gleichermaßen befriedigt werden — daß also zum Beispiel,

wenn die Nationalsozialistische Partei ihre Schutzgarden uniformieren darf, dies auch der Rote Frontkämpfer-Bund zugebilligt erhalten müßte, daß Generäle und Fürsten nicht exorbitante Pensionen, und noch dazu für sehr umstrittene Leistungen, erhalten, während Soldaten aus dem Mannschaftsstande für erlittene schwere Kriegsschädigungen, und Arbeitslose und Invaliden- und Altersrentner mit Pfennigen, wenn nicht gar mit bloßen Sympathieerklärungen abgespeist werden. Sie verlangt, daß man nicht Bedürfnissen der Protzigkeit und des Ehrgeizes nachgibt, z. B. Panzerkreuzer und ähnliche Einrichtungen finanziert, solange man für viele Menschen keine anständige Wohnung hat. Und sie verlangt, was den Rundfunkredner Bracht interessieren wird, daß man sich nicht an den Rundfunk stellt und dort schöne Reden über Gerechtigkeit vom Stapel läßt, während einem bekannt sein muß, daß die drittgrößte Partei des Reichstags nicht einmal mitteilen darf im Rundfunk, welche Meinung sie zum Beispiel über Herrn Bracht hat,

der sich seinerseits nicht entblödet, diese Partei, nämlich die kommunistische, zu beschimpfen, indem er, genau wie neulich ein Chef, wenn von Störungen der Staatsgewalt gesprochen wird, nur von den „kommunistischen Terrorgruppen“ spricht — so als ob der Terror von den Kommunisten eingeführt worden sei. Wenn Herr Bracht wirklich nichts erfahren haben will von nationalsozialistischen Terrorgruppen, z. B. den Mörder Liebknecchts, Luxemburgs, Jogisches, Dohrenbachs, Sylts, Erzbergers, Rathenaus (um Herrn Brachts Gedächtnis anzukurbeln, seien nur diese paar hier erwähnt!), davon, daß eigentlich die ganze NSDAP eine einzige Terrorgruppe ist, dann beweist er damit, daß er dies alles wirklich nur nicht wissen will!

Denn natürlich weiß Herr Bracht dies alles ganz genau. Solche Reden kann er überhaupt nur halten angesichts der Ruhe der Arbeiterschaft. Ein Volk, das sich zuruft: Genug! zeigt, daß es wirklich nie gerecht regiert worden ist, es zeigt, daß es zur Duckmäuserei und zur Knechtagesinnung gedrillt wurde, aber nicht zum „Männerstolz vor Königsthronen“, der vor langen Jahren in Deutschland noch anzutreffen war. Heute hat man den Eindruck, daß das deutsche Volk nur aus einem unverantwortlichen Versehen der Schöpfung nicht einen Schwanz mit auf die Welt bekommen hat, mit dem es wedeln könnte.

Am Freitag abend griffen NS das Gewerkschaftshaus

in Bunzlau an. Bei der Abwehr wurde

der Reichsbannermann Schreiber getötet.

Nach einem vorläufigen Polizeibericht gab es außerdem 15 Verletzte.

In Berlin (Blumenstraße) wurden Reichsbannerleute von NS überfallen und drei von ihnen schwer verletzt.

Die Polizei fand bei einem der festgenommenen Nazis zwei geladene Pistolen.

In Charlottenburg versetzte ein noch nicht ermittelter Nazi dem Kommunisten Voß einen Stich in den Rücken.

In Bartenbach (Württemberg) fand zwischen NS und Kommunisten ein Straßengefecht statt. Mehrere Verletzte, unter ihnen auch der NS-Redner der Versammlung, an die sich die Schlägerei anschloß.

Für die Berliner Polizeibeamten ist der Urlaub gesperrt worden.

Der Kampf gegen die Freiheit der Meinungsäußerung. Haftbefehl gegen Reichsbannerführer. / Presse bekommt den Maulkorb.

Der Berliner Militärbefehlshaber hat gegen die Reichsbannerführer Breuer und Major Anker „Schutzhaft“-Befehl erlassen und wird bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen sie erstatten. Grund: Reden, die die beiden an dem vergangenen erregten Mittwoch in einer Berliner Kundgebung der „Eisernen Front“ gehalten haben. (Major Anker ist verreist und war bis Sonnabend mittag noch nicht aufgefunden.)

Die beiden Reichsbannerführer haben so gesprochen, wie man an diesem Tage überall in der Arbeiterschaft dem Sinne nach hätte sprechen und handeln sollen. Hier einige Stellen aus dem Bericht der „Börsenzeitung“, einem der drei Berliner Blätter, das selbst die Gunst der Nazis hat:

„Wir werden dafür Sorge tragen, daß die Verwirrung bei den Herren Reichskommissaren noch erheblich größer wird, was in dem Augenblick der Fall sein wird, wo wir

unsere außerparlamentarischen Kampfmaßnahmen anordnen, über die wir hier heute noch nicht sprechen wollen.

Aber seid versichert, Genossen, es ist alles bis ins Genaueste vorbereitet und im selben Augenblick, wo die Führung der „Eisernen Front“ auf den Knopf drückt, marschieren die rote Front der Gewerkschaften, Hammerschaften, des Reichsbanners und alle anderen Kampfformationen zum Endsieg. Das Volksgericht kommt, und dann, ihr Herren Papen und Schleicher, wird anders abgerechnet als am 9. November 1918. Wir holen dann alles Versäumte nach.“ (Bauer.)

„Die Mittel und die Taktik dieses Kampfes, über die wir begreiflicherweise hier heute nicht öffentlich sprechen, sind derart, daß selbst die stärkste Militärdiktatur zu Boden gerungen wird. Und

zu diesem Endkampf wird das ganze Proletariat bis zur äußersten Linken aufgerufen werden! Seit dem heutigen Tage ist die Zeit der Legalität vorbei

und es beginnt die Aera der Illegalität, und in dieser werden wir unseren Kampf für den sozialistischen Staat zum siegreichen Ende führen. Daß hierzu alles vorbereitet ist, dafür bürgte ich mit meinem Kopf.“ (Major Anker.)

Der Bericht ist — wie die Pressestelle des „Reichsbanners“ mitteilt — völlig entstellt. Jedenfalls stimmt mit derartigen Worten auch der folgende entscheidende Satz aus dem neuesten Aufruf des „Reichsbanners“ nicht zusammen:

„Der 31. Juli muß (!) erweisen, daß der Stimmzettel stärker ist als jede Gewalt.“

Die neuesten Presseschikanen:

Das „8 Uhr Morgenblatt“ (nicht nur das 8 Uhr Abendblatt) ist für vier Tage (bis zum 26. Juli) verboten worden.

Die kommunistische „Arbeiterstimme“ in Dresden wurde bis zum 31. Juli verboten.

Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ (KP) in Stuttgart wurde bis zum 27. Juli verboten.

Die „Arbeiter-Illustrierte“ vom 10. Juli wurde beschlagnahmt.

Der Berliner Militärbefehlshaber hat alle bereits erteilten Genehmigungen für den Abwurf von Flugblättern zurückgezogen.

In einer Berliner Kundgebung der Eisernen Front (am Freitag abend im „Clou“) brach der Polizeioffizier die Auf-führung eines Theaterstückes ab. Ein Vorkäufer der „Reichsbanner-Zeitung“ wurde verhaftet.

Die Tiroler Landesregierung hat für die Dauer des Sommerreiseverkehrs die Demonstrationen verboten.

Die Zahl der Menschen, die sich heute auf die wahre antifaschistische Aktion besinnen, ist sehr klein. Was erfordert diese Aktion heute?

Nachdem die richtige, wuchtige Antwort kurz nach Papens Aktion gegen die Preußenregierung unterblieben ist, ist es jetzt nützlich, die Reichstagswahl nicht nur abzuwarten, sondern auch

mit allen Mitteln dahin zu streben, daß kein Wahlberechtigter, der für eine Wahl antifaschistischer Kandidaten in Betracht kommt, zu Hause bleibt.

Andererseits muß schon jetzt mit allem zur Verfügung stehenden Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß eine „Reichsbanner“-Parole: „Der 31. Juli muß erweisen, daß der Stimmzettel stärker ist als jede Gewalt!“ geradezu geronnener Wahnsinn ist. Wir müssen einmütig „These“, die Papier für härter erklärt als einen Schlagring, mit Verachtung den Garaus machen — selbst der Prediger der Nächstenliebe hat sich nicht geschaut, Schädlinge des öffentlichen Lebens in des Wortes wahrster Bedeutung aus dem Tempel zu jagen. Umso weniger brauchen sich die Sozialisten, die nicht die Nächstenliebe, sondern die Gerechtigkeitsliebe leitet, davor zu scheuen. Dazu bedarf es nur der Gemeinsamkeit des Handelns. Diese Forderung ist so einfach, daß jeder, der an ihr noch herumzudeuteln versucht, als Faschist gebrandmarkt zu wer-

den verdient. Ich erinnere hier an die einleuchtenden Worte, die Léon Blum über diesen Fall schreibt, die wir an anderer Stelle abdrucken.

Die Genossen der Arbeiterbewegung dürfen nicht nachlassen, diese Erkenntnis Tag für Tag und Stunde um Stunde ihren Führern und zögernden Kamraden in die Ohren zu schreien.

Alle andere Arbeit gegen den Faschismus, und mag sie im einzelnen so bedeutungsvoll sein wie sie will, ist unwirksam, wenn nicht vorher die Einheit der Arbeiterbewegung in den elementaren Kampfforderungen hergestellt ist. Alles, was unter Ignorierung der Arbeiten an der Einheitsfront geschieht, und mögen es die schönsten Aufrufe und Appelle, Ausarbeitungen von Programmen und sonst etwas sein, mögen es Taufen sein von Teilen der kommunistischen Arbeiterschaft auf den Namen „Rote Front“ oder von Teilen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft auf den Namen „Eiserne Front“, nichts von allen diesen Bestrebungen dient für sich gesehen in der Konsequenz der antifaschistischen, sondern es dient der faschistischen Aktion. Auch in Italien quatschten die verschiedenen Fronten von der einzigen Richtigkeit gerade ihrer Front, — mit dem Erfolg, daß Mussolini der Weg bereitet wurde. Es ist keine Zeit mehr, die Führer zu belehren; sie müssen vor das Entweder-Oder gestellt werden, und wenn sie nicht parieren, fliegen.

